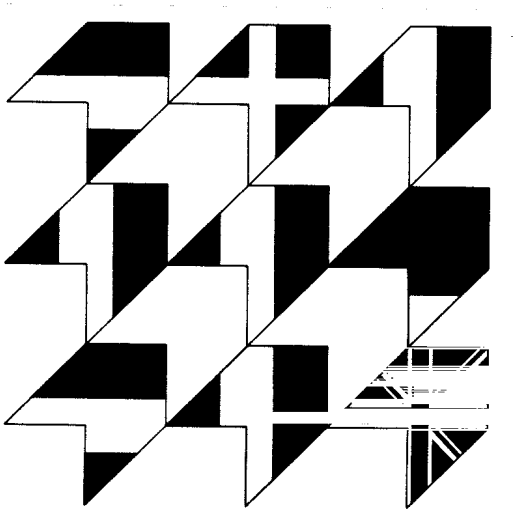


Argumente für Europa.

SPD

A 98 - 10709

Bonn, Februar 1979

Liebe Genossinnen und Genossen!

Am 10. Juni wird erstmals das Europäische Parlament direkt gewählt. Um Euch bei Referaten, Gesprächen und Diskussionen eine Hilfe zu geben, haben wir Euch Fakten und Argumente für zentrale Bereiche der Wahlkampfauseinandersetzung, vor allem mit der CDU und CSU, zusammengestellt.

In der Formulierung haben wir versucht, Euch die Umsetzung für Reden, Anzeigentexte, Leserbriefe und Diskussionen etwas zu erleichtern.

Dennoch sind die Texte in dieser Form sicherlich nicht für die unmittelbare Veröffentlichung aufbereitet und gedacht. Über die sinnvolle Verwendung müßt Ihr entscheiden. Wichtig ist, daß wir einen argumentativen Wahlkampf führen. Über den Euro-Schnellbrief, der ab sofort erscheint, wird dieses Material laufend ergänzt.

A 98 - 10709

Wir hoffen, daß wir Euch mit dieser Ausarbeitung in diesem wichtigen Wahlkampf helfen können und wünschen Euch viel Erfolg.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Mit unserem Wahlprogramm und unserer Kandidatenliste und angesichts des desolaten Zustandes der Unionsparteien sind unsere Aussichten dafür gut. Sozialdemokraten und Sozialisten müssen wieder die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament werden.

Mit freundlichen Grüßen

Bruno Friedrich

I.
Bedeutung der Europawahl

II.
Europa als Friedensmacht

III.
Europa der mündigen Bürger

IV.
Europa für sichere Zukunft

V.
SPD – Partner für Europa
des sozialen Friedens

VI.
Europa – Realität mit Vorteilen

VII.
Europa – Fortschritt gegen
ideologische Erstarrung

VIII.
SPD-Mannschaft für Europa

IX.
SPD und Gewerkschaften für Europa

Inhalt

Seite

I. **Bedeutung der Europawahl für die SPD** 8

1. Die Opposition sucht die große innenpolitische Kraftprobe 11

2. Die Europawahl wird ein historisches Ereignis von großer Tragweite sein (Vaterland des Friedens, Bürgerrechte, sozialer Frieden) 17

3. Von der Wahlbeteiligung hängt alles ab . . . 22

II. **Europa: Sicher als Friedensmacht — Vaterland des Friedens** 24

1. Für die SPD ist die EG ein Faktor des Friedens und ein Motor des Ausgleichs zwischen Ost und West 24

2. Zur Politik der Entspannung in Europa gibt es keine Alternative 25

3. Europa muß sein ganzes Gewicht für den Abbau von Rüstungen einsetzen 28

4. Die politische Zusammenarbeit hat große Bewährungsproben bestanden 29

III. **Europa der mündigen Bürger — mehr Bürgerrechte durch die SPD** 30

1. Es geht um ein Europa der mündigen Bürger und um die politische Kraft des Parlaments . . 31

2. Europa soll zu einer Gemeinschaft für alle Bürger werden. Dazu fordert die SPD eine „EG-Charta der Bürgerrechte" 32

3. Die SPD fordert ein europäisches Bürgerrecht auf Kultur und Bildung 33

Seite

IV. Europa — Chance für eine sichere Zukunft . . 34

1. Nur gemeinsam können wir unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Umwelt erhalten . . . 35
2. Wer morgen sicher leben will, muß sich heute um Forschung und Technologie kümmern . . . 37
3. Wir sind abhängig von der Energie aus dem Ausland und müssen neue Energiequellen erschließen 39
4. Unsere Zukunft hängt vom Gelingen eines gerechten Ausgleichs zwischen Nord und Süd ab . 42
5. CDU und CSU bieten keine vernünftigen Alternativen 45

V. Sozialdemokraten in Europa: Bessere Partner für den sozialen Frieden 48

1. Sozialdemokraten fordern „Arbeit für alle" in Europa 49
2. Sozialdemokraten in Europa treten ein für eine bessere Berufsausbildung 50
3. Frauen schaffen am modernen Europa gleichberechtigt mit 51
4. Vollbeschäftigung in der Gemeinschaft setzt auch eine Verkürzung der Arbeitszeit voraus . . 55
5. Für eine soziale Politik stehen auch die Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt 56
6. Sozialdemokraten wollen die Wirtschaftsdemokratie in der Gemeinschaft verwirklichen . . . 57
7. Soziale Sicherheit muß zu einem Angebot für alle Bürger Europas werden 58
8. Sozialdemokraten sind stolz auf ihren Beitrag zur Erweiterung der Gemeinschaft 59
9. Wir sind unseren südeuropäischen Partnern einen Solidaritätsfonds schuldig 60
10. Eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik ist notwendig 61

Seite

VI. **Was hat Europa uns gebracht?** 62

1. Wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit haben nicht nur zur Friedenssicherung, sondern auch zur Stabilisierung der Demokratie beigetragen 63

2. Der Gemeinsame Markt hat mehr Wohlstand und wirtschaftliche Stabilität in Europa gebracht . . 64

3. Europa öffnet sich dem Bürger 66

VII. **Sozialdemokraten in Europa: Fortschrittliche Politik gegen ideologische Erstarrung** 68

Es gibt vier entscheidende Gründe, warum man CDU und CSU nicht für Europa wählen darf 69

Das Volksfrontmärchen hat bei Europas Christdemokraten keine Chance 78

VIII. **Mannschaft der SPD für Europa** 80

IX. **Sozialdemokraten und Gewerkschaften für Europa** 82

I. Darum ist die Europawahl am 10. Juni so wichtig:

„Unser Wort gilt mehr in Europa — mit den Sozialdemokraten Willy Brandt und Helmut Schmidt. Geachtet in Europa — Sprecher für Deutschland"

Wer ab und zu ins europäsiche Ausland kommt oder die Zeitungen unserer europäsichen Nachbarn liest, der spürt: Unser Volk wird wieder geachtet, und trotz der schrecklichen Vergangenheit empfinden viele Bürger in Europa Vertrauen und sogar Freundschaft für die Deutschen. Dies ist das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen aller Bürger unseres Landes und einer klugen Politik, die sich unserer besonderen Lage im Herzen Europas stets bewußt ist. Kein europäisches Land hat so viele Nachbarn wie die Deutschen. Kein europäisches Land ist in zwei Staaten geteilt und keines liegt so exponiert an der Grenze zwischen Ost und West.

Für die meisten unserer Nachbarn ist es ein großes Gefühl der Sicherheit, daß nunmehr seit fast zehn Jahren Sozialdemokraten in Deutschland regieren. Untadelige Männer wie Willy Brandt, Helmut Schmidt und Heinz Oskar Vetter werden auch von zahlreichen Christdemokraten und Liberalen im europäischen Ausland als die Repräsentanten eines friedlichen und gutnachbarlichen Deutschlands bezeichnet.

Die Menschen in Deutschland wissen:
Die deutschen Interessen in Europa werden von Sozialdemokraten am besten vertreten.

— **Willy Brandt** hat mit seiner **Friedenspolitik** die ersten entscheidenden Schritte getan, um aktiv die Spannungen zwischen Ost und West abzubauen und Deutschland zu einem Garanten des europäischen Friedens zu machen. **Eine gemeinsame europäische Entspannungspolitik wird dem Frieden neue Möglichkeiten eröffnen.**

Denn ein gemeinsamer Standpunkt der Europäer hat mehr Gewicht und ist glaubwürdiger. Willy Brandt im Europäischen Parlament ist der Garant dafür, daß Deutschland weiter an einer gerechten Friedensordnung in Europa mitarbeitet.

— **Bundeskanzler Helmut Schmidt** hat im Europäischen Rat — der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Staaten der Europäischen Gemeinschaft — Respekt und Anerkennung für seine **Stabilitätspolitik** gefunden. Er hat dafür gesorgt, daß unser Land, das so sehr von den wirtschaftlichen Außenbeziehungen abhängig ist — und nicht nur von diesen, nicht in die Isolierung gerät. Er sorgt aber auch dafür, daß die deutschen Interessen kraftvoll vertreten und nur solche Lösungen angenommen werden, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen.

— **Heinz Oskar Vetter** ist sowohl der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, als auch der Präsident der Arbeitnehmervertretungen in der Europäischen Gemeinschaft. Er steht dafür, daß auch in Europa die **Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien** mit Nachdruck vertreten werden. Und er ist der Repräsentant des deutschen Weges für soziale Sicherheit und demokratische Mitbestimmung in der Wirtschaft. **Das soziale Europa der Arbeitnehmer** hat mit Heinz Oskar Vetter einen Führer der Arbeiterbewegung im Europäischen Parlament, der bewiesen hat und täglich aufs neue zeigt, wo die Interessen der Arbeitnehmer am besten aufgehoben sind.

Die Menschen in unserem Land und auch unsere europäischen Mitbürger wissen: **Mit Willy Brandt, Helmut Schmidt und Heinz Oskar Vetter gilt das Wort der Deutschen mehr in Europa. Die Sozialdemokraten sind die besseren Partner!**

1. Die Direktwahl zum Europaparlament ist für uns Sozialdemokraten besonders wichtig — aber auch besonders schwierig.

Die erste Schwierigkeit in diesem Wahlkampf für die Sozialdemokraten und ihre Freunde:

Die Oppositionsparteien CDU und CSU suchen für den 10. Juni die große innenpolitische Kraftprobe.

Aus Meinungsumfragen wissen sie, daß die Freunde und Anhänger der sozial-liberalen Koalition für das Thema Europa noch nicht so viel Interesse aufbringen wie ihre eigene Anhängerschaft. Ihr Ziel ist deshalb klar: Die Oppositionsparteien wollen diesen Vorsprung ausnutzen und bei der Europawahl, die wie eine Bundestagswahl bundesweit stattfindet, eine Mehrheit herausholen. **Für die Zeit bis 1980 soll dann Helmut Schmidt und seiner Regierung ununterbrochen vorgehalten werden können, er habe eigentlich keine richtige Mehrheit mehr in der Bevölkerung.**

Dabei werden die Oppositionsparteien scheinbar verschiedenartig auftreten, aber die gleiche Zielrichtung haben:

— Die **CDU** legt den Wählern für die Europawahl **kein Programm** vor, das diesen Namen verdient. Sie hat ihre ganze Kraft — soweit sie diese nicht voll für die Streitereien in der Führung gebraucht hat — für die Suche nach einem wahlwirksamen **Reklameslogan** verwendet. Erst verhieß sie „Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen". Dann hieß es „Volkspartei gegen Volksfront". Gegenwärtig soll es „Deutsche, wählt das freie und soziale Europa — gegen ein sozialistisches Europa" heißen. Wahrscheinlich wird die CDU — wie schon im Bundestagswahlkampf 1976 — für die Reklame „Glück für die Menschen" sagen und im übrigen den Wahlkampf im gewohnten Stil des ideologischen Glaubenskrieges führen nach dem Motto „Freiheit oder . . ."

Die **CSU** wird unter dem Motto „Freiheit oder" bzw. „Freiheit Ja — Sozialismus Nein" usw. antreten und — wie gewohnt — den Wahlkampf **im Stil ihrer Hetzkampagnen gegen die Sozialdemokraten** führen. Dabei setzen die Oppositionsparteien, die seit längerem überhaupt keine Chance haben, eine Bundestagswahl zu gewinnen, darauf, daß die Freunde und Anhänger der sozial-liberalen Koalition die Europawahl nicht so wichtig nehmen und einfach nicht zum Wählen gehen.

Was wissen wir aus der Wählerforschung?

(a) Für Europa und die Direktwahl spricht sich der allergrößte Teil der Bundesbürger aus — dagegen ist nur eine verschwindende Minderheit. **Aber:** Europa ist kein Thema, das von selbst mobilisiert.

Die Bedeutung der Europawahl enstpricht z. T. in den Augen der Wähler in etwa der Bedeutung einer Landtagswahl. Sie liegt damit erheblich hinter einer Bundestagswahl. Die Wahlbeteiligungsabsicht ist ebenfalls noch geringer als bei einer Bundestagswahl **— und das vor allem bei den Anhängern der sozialliberalen Koalition.**

(b) **Das müssen die Freunde der Sozialdemokratie im Wahlkampf wissen:**

80 v. H. aller Bürger geben an, daß sie bei der Europawahl die Partei wählen, die sie auch sonst wählen. Deutsche und europäische Interessen spielen eine gleichrangige Rolle. Auch im Hinblick auf Europa hat die Regierung von Helmut Schmidt eine glänzende Leistungsbeurteilung durch die Wähler: 68 v. H. aller Befragten sagen, daß die Bundesregierung die deutschen Interessen in Europa erfolgreich vertritt. Selbst 61 v. H. der CDU/CSU-Wähler wissen dies! Das ist ein solider Grundstock, auf dem wir aufbauen können.

Ist die Europawahl weniger wichtig?
Welchen Sinn hat es Grün zu wählen?

Ein wichtiger Teil der jungen Wähler — besonders der Erstwähler — schwankt, ob er SPD oder **Grüne** wählen soll. Manche glauben, bei dieser Wahl käme es ja nicht so darauf an und man könne deshalb auf das Wählengehen verzichten oder „Grüne" wählen.

Da bei der Europawahl nur das Parlament und nicht wie bei einer Landtags- oder Bundestagswahl indirekt eine Regierung gewählt wird, glauben viele, daß der 10. Juni gar nicht so wichtig sei. **Die Gefahr ist groß, daß viele in ein verlängertes Wochenende fahren und deshalb am Sonntag nicht wählen.**

Es wird in diesem Wahlkampf ganz wichtig sein, diejenigen, die so denken, rechtzeitig auf die Folgen aufmerksam zu machen:

— **Wer Grün wählt,** der verschenkt entweder seine Stimme oder er hilft, jene Kräfte stark zu machen, die er ganz bestimmt nicht wählen will, nämlich die CDU/CSU. Er wählt sich Schwarz!

— **Wer nicht zum Wählen geht und auch die Briefwahl versäumt,** der macht sich nicht klar, daß die Europawahl von vielen als Gradmesser für die weitere politische Entwicklung in der Bundesrepublik gewertet wird. Es kann ihm also passieren, daß — obwohl er will, daß Helmut Schmidt und die sozial-liberale Koalition regieren — dieser Bundesregierung in den kommenden Monaten kräftig Knüppel zwischen die Beine geworfen werden und daß diejenigen mit neuer Kraft blockieren, die er ganz bestimmt nicht wählen würde.

— Vielleicht denken diejenigen, die diese Wahl nicht so wichtig nehmen, gar nicht daran, daß in den anderen europäischen Ländern sehr genau darauf geachtet wird, welche Politiker die Deutschen ins Europäische Parlament schicken. Wenn — wegen einer niedrigen Wahlbeteiligung — solche demokratisch fragwürdige Politiker wie Otto von Habsburg (CSU) mehrheitlich in das Europäsiche Parlament einziehen, dann wird die Bundesrepublik Deutschland in Europa von jenen vertreten, die seit zehn Jahren die Friedenspolitik von Willy Brandt und die Stabilitätspolitik von Helmut Schmidt bekämpft haben. **Es ist wichtig, daß wir dies gerade denjenigen sagen, die sich für Politik nicht besonders interessieren, aber ganz selbstverständlich ihren Urlaub im Ausland verbringen oder gern ins Ausland reisen.**

Der politische Gegner hat machtvolle Hilfstruppen.

Wie in jedem Wahlkampf haben CDU und CSU gewichtige Medien auf ihrer Seite. Die „Bild-Zeitung" wird wieder als tägliches Millionenflugblatt der CDU/CSU eingesetzt werden. Sozialdemokratische Positionen werden dort und in vielen anderen Blättern gar nicht dargestellt. Das zur Zeit aktuellste Beispiel: Der CDU-nahe „Rheinische Merkur" lehnt Programmanzeigen der SPD mit fragwürdigen Argumenten ab. Gegen diese Medienbarriere, die durch die konservativen Kampagnen zur Verunsicherung unabhängiger Journalisten noch verstärkt wird, haben wir nur **eine erfolgreiche Gegenwehr: Das direkte Gespräch der vielen Sozialdemokraten im Betrieb und in der Nachbarschaft.**

Bei dieser Europawahl werden an der Seite der CDU/CSU auch Organisationen wirken, die sich einen überparteilichen Anstrich geben und vor allem die Stammwählerschaft der CDU/CSU mobilisieren sollen. Sozialdemokraten in europa-orientierten Organisationen müssen deshalb darauf dringen, daß das Thema Europawahl auch aus der Sicht der Arbeitnehmer und ihrer Familien behandelt wird. Wir Sozialdemokraten zeigen mit unserem Programm für die soziale Demokratie in Europa, wo wir stehen und was wir wollen. Einige Funktionäre der Unternehmerverbände werden deshalb ihre Organisationen noch massiver als Hilfstruppen der CDU/CSU einsetzen.

Die Unternehmerfunktionäre kandidieren bei der CDU. Vertreter der Arbeitnehmer wollen sie dagegen aus dem Europaparlament heraushalten.

2. Schon heute steht fest: Die Europawahl am 10. Juni wird ein historisches Ereignis von großer Tragweite sein.

Zum ersten Mal in Europa wird am 10. Juni ein Parlament vom Volk gewählt, das mit echter Legitimation für 260 Mio. Bürger sprechen kann. Schon jetzt zeichnet sich im Wahlkampf ein Fortschritt ab: Über Perspektiven und Probleme der europäischen Einigung wird diskutiert wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Mit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments werden Weichen gestellt, in welche Richtung sich unser Kontinent entwickeln soll. **Den Alternativen eines menschenfeindlichen Ellbogenkapitalismus und eines freiheitsfeindlichen Kommunismus stellen wir Sozialdemokraten die Kraft der sozialen Demokratie entgegen.**

Mit diesen Wahlen wird erstmals einer großen Öffentlichkeit ins Bewußtsein gerufen, daß wir gezwungen sind, die nationalen Gleise zu verlassen und uns deutlich auf die ja gar nicht mehr neuen europäischen Realitäten einzustellen.

Viele Bürgerinnen und Bürger — wie man aus Meinungsumfragen weiß, vor allem unter den Anhängern der sozialliberalen Koalition — betrachten die Europawahlen skeptisch. Viele sagen, hier gehe es doch nur um zusätzliche Posten für einige Politiker. Andere weisen auf die noch beschränkten Kompetenzen des neuen Parlaments hin und wieder andere halten das ganze für eine Utopie, eine Schwärmerei, die mit der harten politischen Wirklichkeit doch nichts zu tun habe. **Allen diesen Skeptikern müssen wir die großen Themen klar machen, über die am 10. Juni mit entschieden wird:**

- **Es geht um Europa mit neuen Chancen für eine sichere Zukunft!**

Aus der Arbeiterbewegung wissen wir: Die Arbeitnehmerschaft braucht nicht nur starke Gewerkschaften um ihre Interessen durchzusetzen. Sie muß auch im Parlament angemessen vertreten sein, denn nur der Gesetzgeber kann fortschrittliche Rahmenbedingungen für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit schaffen. Deshalb vertreten Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gemeinsam die sozialen Interessen der Bevölkerung.

Die Interessen der Wirtschaft sind in Europa gut organisiert. Sie haben sich zusammen mit den konservativen politischen Kräften schon immer mit dem „Gemeinsamen Markt" identifiziert. Der Europäische Gewerkschaftsbund mit Heinz Oskar Vetter an der Spitze stellt eine Gewerkschaft dar, die von Sozialdemokraten und Sozialisten unterstützt werden muß.

Es darf nicht dazu kommen, daß multinationale Unternehmen in der Gemeinschaft die Gewerkschaften in den einzelnen Ländern gegeneinander ausspielen. Es darf nicht sein, daß Regierungen oder Gemeinden einen ruinösen Wettbewerb beginnen, mit dem Ziel, auf Kosten eines anderen Landes Unternehmen anzusiedeln und damit Arbeitsplätze im Grunde ebenso zu vernichten wie zu schaffen. Deshalb brauchen wir in der EG die Weiterentwicklung der Sozialpolitik und der Regionalpolitik, die gemeinsame Krisenbewältigung in den Wirtschaftsbereichen, in denen nur wenige Unternehmen den Markt beherrschen wie z. B. bei Stahl und Kohle und Werften. Wir brauchen eine **gemeinsame** Branchenstrukturpolitik.

● **Es geht um ein Europa des sozialen Friedens!**

Soziale Demokratie ist nicht teilbar. Sozialdemokraten wollen auch in Europa die Partei des sozialen Ausgleichs sein. Sie wollen den inneren Frieden sicherer machen. Für die SPD kommt es darauf an, die Zukunft nicht blinden Marktkräften zu überlassen, sondern sie vorausschauend im Interesse der Menschen zu gestalten.

„Arbeit für alle", eine bessere Berufsausbildung, die gleichberechtigte Mitbeteiligung der Frauen, eine Verkürzung der Arbeitszeit, humane Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, Solidarität mit unseren südeuropäischen Partnern — das sind Forderungen der Sozialdemokraten für den Aufbau einer „Sozialgemeinschaft" in Europa.

- **Es geht um Europa als starke Friedensmacht, um Europa als Vaterland des Friedens!**

Das **Europaparlament** ist ein Symbol dafür, daß in einem Teil Europas friedliche Zusammenarbeit von Völkern auf der Basis von Verträgen Wirklichkeit geworden ist. Das Parlament übt in seinen Fraktionen — der sozialistischen ebenso wie der christdemokratischen — praktische Zusammenarbeit über Völkergrenzen hinweg.

Die **Gemeinschaft** ist heute schon — gemessen an der Zahl ihrer Einwohner — etwa so groß wie die Vereinigten Staaten oder auch die Sowjetunion. Sozialdemokraten wollen nicht, daß diese Gemeinschaft zur neuen Großmacht im klassischen Sinne wird. Wir wollen aber, daß sie in der Welt mit **einer** Stimme für die friedliche Zusammenarbeit der Völker und für den Abbau von Spannungen eintritt. Die Gemeinschaft muß eine Kernzone des Ausgleichs, des Friedens und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts bleiben.

- **Es geht um mehr Bürgerrechte in Europa, um das Europa der mündigen Bürger!**

Die Kluft zwischen wirtschaftlicher Modernität und politischer Rückständigkeit in Europa muß kleiner werden. Das Europa der mündigen Bürger ist unser Ziel, nicht das Europa der anonymen Apparate. Über gemeinsame Angelegenheiten muß so entschieden werden, wie es einer Gemeinschaft demokratischer Staaten ansteht.

Zum ersten Mal werden Europa-Abgeordnete die Unterstützung des Bürgers für ihre Politik suchen und dem Volk Rede und Antwort stehen, nachdem sie von ihren Wählern **direkt** gewählt worden sind.

Die **Rechte des Europäischen Parlaments** sind in den Verträgen festgelegt:

Das Parlament kontrolliert die Arbeit der EG-Kommission: Es erarbeitet zu allen Vorschlägen der EG-Kommission eine Stellungnahme, die der Ministerrat in seine Entscheidungen einbeziehen soll.

Das Parlament kann die EG-Kommission abwählen.

Seit 1970 hat das Parlament begrenzte Haushaltsbefugnisse, die 1975 erweitert worden sind. Schon heute muß sich der Ministerrat mit dem Parlament praktisch über den Haushalt der Gemeinschaft einigen. Ohne die Zustimmung des Parlaments tritt der Haushalt, immerhin heute schon rd. 32 Mrd. DM, nicht in Kraft.

Wir Sozialdemokraten wollen, daß die Rechte des Parlaments im Laufe der Zeit erweitert werden. Dies geht nur, wenn jeder Mitgliedstaat den notwendigen Vertragsänderungen zustimmt. Aber auch ohne Kompetenzerweiterung ist die Europawahl ein erster Schritt zur Demokratisierung der Institutionen.

Das vom Volk beauftragte Parlament wird sich gegenüber Kommission, Ministerrat und deren Bürokratien besser durchsetzen können.

Das Parlament kann mehr Selbstbewußtsein entwickeln. Es kann Anstöße für ein europäisches Bewußtsein geben. Das ist keine Frage der Kompetenz, sondern der Idee, des Engagements und der Persönlichkeiten. Deshalb ist es so wichtig, **wer** (in allen Parteien) für das Europaparlament kandidiert.

3. Von der Wahlbeteiligung hängt alles ab.

Je mehr Wähler am 10. Juni 1979 zur Wahl gehen, desto besser wird das Wahlergebnis der SPD sein. Deshalb: Wir sagen Ja zum sozialen Europa, zum demokratischen Europa, zur Friedensmacht Europa. Jeder kann an diesem Europa mitbauen und es stark machen: Mit seiner Stimme am 10. Juni 1979. Wer glaubt, auf das Wählengehen diesmal verzichten zu können oder diesmal mit seiner Wählerstimme leichtfertig umgehen zu dürfen, der öffnet Strauß und seinen reaktionären Gesinnungsfreunden die Hintertür.

Notizen

II. Europa: Sicher als Friedensmacht – Vaterland des Friedens

1. Für Sozialdemokraten ist die Europäische Gemeinschaft ein Faktor des Friedens und ein Motor des Ausgleichs zwischen Ost und West.

Seit die deutschen Sozialdemokraten Regierungsverantwortung tragen, haben sie der europäischen Integration Impulse und neuen Schwung gegeben. Die Partnerschaft in der Gemeinschaft bildet zugleich mit dem Atlantischen Bündnis das Fundament unserer Entspannungspolitik.

Willy Brandt auf der Gipfelkonferenz in Den Haag am 1. Dezember 1969: „Wir sind uns einig, daß unsere Gemeinschaft kein neuer Block, sondern eine exemplarische Ordnung sein sollte, die als Bauelement einer ausgewogenen gesamteuropäischen Friedensordnung taugt. In diesem Sinne sucht die Bundesrepublik Deutschland die Verständigung mit dem Osten in Zusammenarbeit und Abstimmung mit ihren Partnern im Westen."

Das Gewicht Europas in der Welt nimmt zu. Europa kann zu einer Friedensmacht werden. Schon heute ist die Europäische Gemeinschaft der größte Handelspartner der Welt. Aber der Friede in Europa ist noch nicht fest genug organisiert. Denn:

Die bloße Abwesenheit von Krieg ist noch nicht der gesicherte Friede.

„Abrüstung, Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle, gleichwertiger Abbau der großen militärischen Zerstörungskräfte sind für den Fortgang der Entspannung von entscheidender Bedeutung." (Europaprogramm der SPD — einstimmig verabschiedet vom Europaparteitag am 10. 12. 1978 in Köln)

2. Zur Politik der Entspannung in Europa gibt es keine Alternative.

Die ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament entscheiden darüber, welche politischen Kräfte Europas die Mehrheit bilden. Sie werden das Geschäft unserer Gemeinschaft in der Welt prägen. Die SPD kämpft um eine Mehrheit, die fähig ist, die Friedenspolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt erfolgreich fortzusetzen und zu vertiefen.

Die von Sozialdemokraten wesentlich geprägte **Entspannungspolitik dient Europa,** wie sie uns Deutschen dient.
Wir sollten uns davor in acht nehmen, die weniger spektakulären Erfolge in der Entspannung für minderwertig zu halten. Das ist ein Irrtum.

Viele Erleichterungen für die Menschen in unserem Land sind durch hartnäckige Knochenarbeit erreicht worden:

- Bis heute konnten ca. 200 000 Deutschstämmige aus Polen und anderen osteuropäischen Staaten zu uns ausreisen.
- Nach Abschluß der europäischen Sicherheitskonferenz betrug in den Jahren zwischen August 1975 und Dezember 1978 die Zahl der Familienzusammenführungen aus Polen 102 214 und aus der Sowjetunion 30 197.
- Verstärkung der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der Export in die Ostblockstaaten ist von 5,4 Mrd. DM 1970 auf 17,4 Mrd. DM 1975 gestiegen.
- Ansatzpunkte des Vertrauens auf militärischem Gebiet: Gegenseitige Bekanntmachung und Beobachtung von Manövern.
- Begegnungen mit Bürgern osteuropäischer Staaten in Sport, Kultur und Reiseverkehr.

Zu dieser Politik der Entspannung gibt es keine vernünftige Alternative. Nur die Opposition in Deutschland ist anderer Meinung:

Wenn es nach der CDU/CSU gegangen wäre, gäbe es weder den Moskauer Vertrag noch den Warschauer Vertrag, wir hätten den Grundlagenvertrag mit der DDR nicht abgeschlossen, wir wären immer noch nicht Mitglied der Vereinten Nationen, wir hätten als einziger europäischer Staat (mit Ausnahme Albaniens) nicht an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) teilgenommen.

Die CDU/CSU ist mit dieser Politik in Europa isoliert.

Uns geht es darum:

- Nicht nur den Menschen in beiden Teilen Deutschlands zu nützen,
- nicht nur die Verbundenheit der Nation zu wahren,
- **sondern auch eines Tages im Rahmen einer europäischen Friedensordnung und zum Nutzen Europas auf der Grundlage eines Interessenausgleichs zwischen Ost und West die deutsche Frage zu lösen.**

Die Erleichterungen für die Menschen in beiden Staaten, die seit 1969 erreicht wurden, können sich sehen lassen. Die Entschärfung der deutschen Frage und die Erfolge in der Entspannung waren möglich, weil unsere Politik mit den Partnern der EG koordiniert ist.

Auch jetzt gibt es weitere Fortschritte, die wichtig sind:

- Die erfolgreiche Arbeit der Grenzkommissionen bedeutet konkret:
  - eine klare Grenzmarkierung, die Zwischenfälle verhindern hilft;
  - die Möglichkeit zu gemeinsamer Verhütung von Schäden bei Hochwasser und Waldbränden im Grenzbereich;
  - Vereinbarungen über wasserwirtschaftliche Probleme.
- Die Erneuerung der Autobahn zwischen Berlin und Helmstedt schreitet voran; sie erleichtert dem Autofahrer die Fahrt in die DDR und nach Berlin;
- Bau der Autobahn Berlin—Hamburg bis 1983;
- erhebliche Zunahme des Reiseverkehrs zwischen beiden Staaten: Etwa 8 Mio. Bundesbürger haben 1977 Verwandte und Freunde in der DDR besucht. (Leider sind Familienbesuche für DDR-Bürger in der Bundesrepublik noch immer sehr erschwert.);
- großer Erfolg unserer Politik bei der Familienzusammenführung: Seit 1972 konnten wir mehr als 20 000 Menschen aus der DDR mit ihren im Westen lebenden Angehörigen zusammenbringen.

Seit dem Viermächteabkommen von 1971 lebt Berlin sicherer. Niemand weiß das besser, als die Berliner selbst. Fortschritte in der europäischen Einigung liegen im Interesse Berlins, seiner Sicherheit und seiner Wirtschaft.

Willy Brandt, der sozialdemokratische Spitzenkandidat für Europa, hat den Weg gewiesen, auf dem unser Kontinent in eine sichere Zukunft gehen kann.

3. Europa muß sein ganzes Gewicht für einen gleichmäßigen und ausgewogenen Abbau von Rüstungen einsetzen.

Die Sicherheit der europäischen Staaten vollzieht sich in der engen Zusammenarbeit der Atlantischen Allianz. Die Ziele sind:

- Überwindung der Blöcke,
- vertragliche Absicherung des Friedens,
- Bildung von mehr Vertrauen, was mit den Beschlüssen von Helsinki auch im Bereich der militärischen Sicherheit eingeleitet worden ist.

4. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) war die erste große Bewährungsprobe der politischen Zusammenarbeit:

- ○ Die Gemeinschaft hat mit einer Stimme gesprochen.
- ○ Erstmals wirkten die Vereinigten Staaten und Kanada an einer solchen europäischen Konferenz mit.
- ○ Jetzt muß das Werk fortgeführt werden: Bei der nächsten Konferenz in Madrid (1980) müssen alle beteiligten politischen Kräfte für weiteren Fortschritt sorgen.

Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ist auch die **Europäische Politische Zusammenarbeit** (EPZ) vorangekommen:

- ○ Die Außenminister der Gemeinschaft treffen sich 6mal im Jahr zur Abstimmung ihrer Außenpolitik.
- ○ Erstmals konnte eine gemeinsame Politik gegenüber den Entwicklungsländern entwickelt werden (z. B. UNCTAD).

III. Europa der mündigen Bürger – Mehr Bürgerrechte durch die SPD

Europa ist noch immer viel zu sehr die Angelegenheit von Regierungen und Bürokraten. Der einzelne Bürger kann die Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft nicht gut genug durchschauen. Obwohl wir alle davon betroffen werden, gibt es keine wirksame parlamentarische Kontrolle von Europa.

— Wer weiß schon, was der „Agrarausgleich" bedeutet?
— Wer kann schon „E.W.S" und „ECU" erklären?
— Wen interessiert es schon, was die „Kommissare" tun?

1. Es geht um das Europa der mündigen Bürger und um die politische Kraft des Parlaments.

Es geht darum, daß die Kluft zwischen wirtschaftlicher Modernität und politischer Rückständigkeit in Europa kleiner wird. Wenn der Mangel an demokratischer Entscheidung und Kontrolle nicht sichtbar abgebaut wird, dann werden die Demokratien Westeuropas sich selbst untreu.

Das **Europa der mündigen Bürger** ist unser Ziel, nicht das Europa der anonymen Apparate. Über gemeinsame Angelegenheiten muß so entschieden werden, wie es einer Gemeinschaft demokratischer Staaten ansteht. Zum ersten Mal wird es direktgewählte Europaabgeordnete geben, die die Unterstützung der Bürger für ihre Politik suchen und die dem Volk Rede und Antwort stehen.

2. Europa soll zu einer Gemeinschaft für alle Bürger werden.

Grundlage dafür soll eine **„EG-Charta der Bürgerrechte"** sein. Ihre Ziele sind:

- Die wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte, insbesondere das **Recht auf Arbeit.** Alle Bestimmungen, durch die Ausländer in den Mitgliedstaaten diskriminiert werden, müssen gestrichen werden. **Gastarbeiter haben ein Recht auf soziale Integration.**
- Der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten: Hüter der **Grundrechte in der EG** sollte der **Europäische Gerichtshof** sein (wie bei uns das Bundesverfassungsgericht).
- Die politischen Mitwirkungsrechte: Dazu gehören auch für Ausländer das **aktive und passive Wahlrecht,** zumindest für die kommunalen Körperschaften, und der Zugang zu den öffentlichen Ämtern.
- Die **Rechte der Verbraucher:** Dazu gehören Rechtsberatungsstellen, die Zulassung von Kollektivklagen, die größere Haftung der Produzenten.
- Die persönlichen Freiheitsrechte, vor allem die Rechte der Individualsphäre: Ein **europäisches Datenschutzrecht** ist erforderlich.

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament wird daher eintreten für:

— Datenschutz für alle personenbezogenen Daten;
— gleicher Datenschutz im öffentlichen und privaten Bereich, weil der Bürger überall ein gleiches Bedürfnis nach Schutz hat;
— gemeinsame Schadensersatzregelungen.

Wir werden für das europäische Datenschutzrecht die Erfahrungen Schwedens als Orientierungshilfe nutzen. Es wäre jedoch trügerisch zu hoffen, Datenschutz würde allein dadurch besser gewährleistet, daß man ihn als Grundrecht feierlich in einem Verfassungstext verkündet.

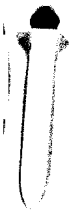
Konkrete gesetzgeberische Maßnahmen müssen hinzukommen.

3. Europäisches Bürgerrecht auf Kultur und Bildung

Wir Sozialdemokraten fordern auch das europäische **Bürgerrecht auf Kultur und Bildung.** Das Verständnis für Kunst und Kultur der europäischen Nachbarn muß auch in unserem Volk gefördert werden, weil dies den Willen zur europäischen Einigung stärkt.

Dazu Bundeskanzler Helmut **Schmidt:**
„Wir hören gemeinsam Europas Musik, wir erleben Europa gemeinsam auf der Bühne, von Shakespeare bis Strindberg oder Schiller. Wir haben eine gemeinsame europäische Literatur, wir haben eine gemeinsame Wissenschaft und Philosophie. Europa ist ein geistig-kulturelles Amalgam von ungeheuerer Produktivität. Sie beruht auf Vermischung, auf gegenseitiger Befruchtung."

Wir wollen deshalb eine **kulturelle Demokratie,** die das Bürgerrecht eines jeden auf Kultur bejaht und die die Teilnahme eines jeden an der Kultur jederzeit ermöglicht.



IV. Europa – Chance für eine sichere Zukunft

In Deutschland sagen wir Sozialdemokraten schon seit langem: Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen.

Auch in Europa werden wir für die Sicherung der Zukunft durch Reformen kämpfen müssen. Das bedeutet:

- Vorrang für Recht auf Arbeit und Vollbeschäftigung,
- keine soziale Demontage, sondern Ausbau des Netzes sozialer Sicherheit,
- soziale Demokratie am Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen, in der Wirtschaft.

Europa muß eine Gemeinschaft von Menschen werden, in der soziale Sicherheit und humane Arbeitsbedingungen den Wirtschaftsinteressen übergeordnet sind.

Eine Gemeinschaft, die Rohstoff- und Energieversorgung sichert, die aber ebenso unsere Umwelt schützt.

Europa braucht Schritt für Schritt eine Angleichung des Lebensstandards in den europäischen Ländern.

Kein Land Europas ist allein stark genug zur Sicherung der Zukunft.

Nur auf europäischer Ebene können die Voraussetzungen für Sicherheit und Fortschritt geschaffen werden, für die Entwicklung und Entfaltung unserer Völker, für eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen.

1. Nur gemeinsam können wir unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Umwelt erhalten.

Umweltverschmutzung macht nicht an Grenzpfählen halt. Der Rhein ist schon stark mit Schadstoffen belastet, wenn er die Grenze zur EG überschreitet und wird von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden weiter verschmutzt. Durch den Bau immer höherer Schornsteine werden die Schadstoffe auch über Ländergrenzen transportiert.

Durch nationale Alleingänge im Umweltschutz, z. B. durch die Festsetzung von Produktnormen (Verbot bestimmter Treibgase in Spraydosen, Lärmgrenzwerte für Maschinen, Emissionsgrenzwerte für Autoabgase u. a.) könnte es auch zu Wettbewerbsverzerrungen und Handelshemmnissen kommen, die den Gemeinsamen Markt behindern. Das zwingt uns zu einem europäischen Konzept.

Seit 1973 gibt es in der EG ein Aktionsprogramm für den Umweltschutz. Außerdem haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, nationale Umweltschutzgesetze und -verordnungen nur zu erlassen, wenn die EG keine Gemeinschaftsmaßnahmen auf dem jeweiligen Gebiet vorschlagen will.

Seitdem sind viele Richtlinien der EG erlassen worden, z. B.:

- ○ zur Reinhaltung von Oberflächengewässern,
- ○ zur Reduzierung der Luftverunreinigung durch Kfz-Abgase,
- ○ zur Begrenzung von Geräuschemissionen,
- ○ zur Altölbeseitigung,
- ○ zum Schutz der Vogelarten.

Geplant sind weitere Richtlinien

- ○ zur Bekämpfung der Gefahren von Umweltchemikalien,
- ○ zur weiteren Reduzierung von Kfz-Abgasen.

Die europäischen Interessen müssen als Gemeinschaftspolitik auch international durchgesetzt werden, z. B. damit künftig weltweit bessere Sicherheitsvorkehrungen gegen Tankerkatastrophen getroffen werden. Gemeinsame Forschungsprogramme der EG unterstützen die Weiterentwicklung des Umweltschutzes.

Wir müssen in Europa eine Wirtschaftsstruktur anstreben, die

— unsere Umwelt so gering wie möglich belastet,
— weniger Energie und Rohstoffe verbraucht,
— langlebige, umweltfreundliche Produkte erzeugt.

Nur wenn es gelingt, die europäische Wirtschaft in diese Richtung zu modernisieren, können ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und damit auch unsere Arbeitsplätze langfristig gesichert werden.

Der Umweltschutz hat bisher gesamtwirtschaftlich keine Arbeitsplätze gekostet. Im Gegenteil: alle Untersuchungen zeigen, daß **durch Umweltschutz neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.** In der Bundesrepublik gab die Industrie z. B. im Jahre 1975 rd. 2,6 Mrd. DM für Umweltschutzinvestitionen aus. Das waren 4,8 v. H. der Gesamtinvestitionen. In der mineralölverarbeitenden Industrie betrug der Anteil der Umweltschutzinvestitionen sogar 25,3 v. H., in der eisenschaffenden Industrie 11 v. H. und in der chemischen Industrie 10,9 v. H.

2. Wer morgen sicher leben will, muß sich schon heute um Forschungs- und Technologiepolitik kümmern.

Vorausschauende Forschung und moderne Technologie sind nirgends wichtiger, als in einem so bevölkerungsreichen und hochindustrialisierten Gebiet wie Europa, das zudem arm an Energie und Rohstoffen ist. Das Schwergewicht der europäischen Forschungspolitik soll nach sozialdemokratischer Auffassung in folgenden Bereichen liegen:

- ○ Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitsmedizin;
- ○ rationelle Nutzung von Energie und Rohstoffen; Sonnenenergie, Erdwärme, Wasserstoff als Energielieferant, Kernfusion;
- ○ Verbesserung des wirtschaftlichen Gleichgewichts;
- ○ höhere Wettbewerbsfähigkeit.

Wir können es uns nicht leisten, daß jeder am anderen vorbeiforscht:

Wenn neun europäische Staaten in einem Jahr 34 Mrd. DM für Forschung ausgeben, dann kann man davon ausgehen, daß es eine Menge Doppelarbeit gibt. Die Steuergelder könnten sparsamer und wirksamer verwendet werden.

Ein gutes **Beispiel** für gemeinschaftlich finanzierte Forschungsprogramme sind die Arbeiten bei der Entwicklung der **Kernfusion:**

Noch sind die Versuche, aus der Verschmelzung von Atomkernen nahezu unbegrenzt Energie zu gewinnen, weit von ihrer Verwirklichung entfernt. Aber Europa hat mit seinem Gemeinschaftsprojekt (JET — Joined European Torus) eine wichtige Grundlage gelegt. Alle Forschungsarbeiten sind in einem Programm zusammengefaßt.

Kein europäischer Staat allein hätte die Mittel für dieses gigantische Projekt. Nur den vereinten Anstrengungen ist es zu danken, daß die Gemeinschaft heute auf diesem Gebiet weltweit eine führende Stellung einnimmt und sich auch neben den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sehen lassen kann.

Das Programm der gemeinsamen Forschungsstelle der EG in Ispra (Italien) sieht für 4 Jahre Ausgaben in Höhe von 1,3 Mrd. DM vor. Etwa die Hälfte dieser Mittel geht in den Nuklearbereich, die andere Hälfte in den während der letzten Jahre neu entwickelten Nicht-Nuklearbereich: Künftige Energien, Umwelt und Rohstoffe, medizinische Forschung und Sozialforschung.

3. Spätestens seit dem Ölschock des Krisenwinters 1973/74 weiß jeder, wie abhängig wir von Energie aus dem Ausland sind.

Die Entwicklung im Iran zeigt uns heute wieder, was es bedeutet, in der Ölversorgung auf das Ausland angewiesen zu sein.

Wirtschaftswachstum und Lebensstandard hängen in allen Ländern mit dem Energieverbrauch zusammen.

Allerdings stimmt es nicht mehr, daß es eine feste und unabänderliche Relation zwischen dem Zuwachs unseres Sozialprodukts und der Steigerung des Energieverbrauchs gibt.

- ○ In der EG z. B. brachte vor der Ölpreiskrise ein Wachstum des Sozialprodukts von 1 v. H. einen zusätzlichen Energieverbrauch von 1,1 v. H. mit sich. Bis 1985 soll diese Relation auf 1 : 0,8 gesenkt werden.
- ○ Neue Produktionsverfahren und auch sparsamere Konsumgewohnheiten, die dafür erforderlich sind, können nur langfristig durchgesetzt werden.

Rechtzeitig versorgen heißt:

- ○ Heimische Energiequellen erschließen,
- ○ Produkte fördern, die Energie sparen,
- ○ neue Energiequellen entwickeln (Sonne, Wind, Erdwärme).

Nur die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien verfügen über nennenswerte eigene Energievorkommen: Bei uns z. B. gibt es aber nur Steinkohle und Braunkohle, dagegen keine wirklich bedeutenden Erdöllager.

Insgesamt konnte die Gemeinschaft zu Beginn der 70er Jahre ihren Bedarf an Energie nur zu etwas mehr als einem Drittel (38—40 v. H.) aus eigener Produktion dekken. Fast zwei Drittel (60—62 v. H.) des Verbrauchs müssen größtenteils durch importiertes Öl gedeckt werden.

— Die EG ist sehr viel stärker vom internationalen Ölmarkt abhängig als andere Industrieländer.

— Die heimische Energie in Europa ist trotz der weltweit gestiegenen Ölpreise vergleichsweise immer noch sehr teuer.

Die Kommission der EG hat daraus schon früh Konsequenzen gezogen und 1974 dem Ministerrat zum ersten Mal gemeinsam **energiepolitische Ziele** bis 1985 für alle EG-Länder vorgelegt. Dieses Programm ist vom Ministerrat verabschiedet und wird jährlich überprüft.

Hauptziele des **Programms bis 1985** sind:

- den Erdölimport auf 500 Mio. Tonnen jährlich zu begrenzen, dies bedeutet unter das heutige Importvolumen von 520 Mio. Tonnen zurückzugehen,
- den Anteil des Erdöls am Gesamtenergieverbrauch fühlbar zu senken,
- die Importabhängigkeit der Energieversorgung in der EG auf 50 v. H. zu vermindern.

Die EG-Kommission konnte Ende 1978, also 4 Jahre danach, eine positive Zwischenbilanz ziehen:

- Der Energieverbrauch ist praktisch auf dem Niveau von 1973 stehen geblieben, obwohl die wirtschaftliche Aktivität der Länder inzwischen um 7 v. H. zugenommen hat.
- Die Einfuhrabhängigkeit ist von über 60 v. H. auf 56 v. H. zurückgegangen.

Die EG-Kommission strebt u. a. folgende Gemeinschaftsmaßnahmen an:

— Förderung des **Energiesparens** und der Entwicklung und Anwendung rationeller Technologien (z. B. Verbesserung der Isolierung von Gebäuden, Auszeichnung von Haushaltsgeräten mit Energieverbrauch, Einsatz von Wärmepumpen, Energiespeicher),

— Förderung von **alternativen Energiequellen** und neuen Kohletechnologien (z. B. Sonnenenergie, geothermische Energie, Kohlevergasung).

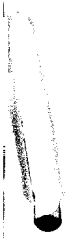
— Entwicklung eines **Beihilfesystems für die Verstromung von Gemeinschaftskohle** in EG-Ländern ohne eigene Bergbauproduktion,

— Beihilfen zum Bau **neuer Kohlekraftwerke.**

Insbesondere für die gemeinschaftliche Kohlepolitik steht die Zustimmung der Mitgliedstaaten noch aus.

Die SPD hält die Zusammenarbeit der Gemeinschaft beim Ausbau der Kernenergie für dringend notwendig. Sie fordert, daß die Standortplanung für Kernkraftwerke und andere kerntechnische Anlagen in der EG abgestimmt werden. Sie fordert in allen Ländern strenge Sicherheitsvorschriften für Beschäftigte und Bevölkerung. Sie hält den weiteren Ausbau der Kernenergie nur insoweit für vertretbar, als keine Alternativen zur Verfügung stehen, wie etwa Sparmaßnahmen oder andere Energiequellen.

4. Unsere Zukunft hängt vom Gelingen eines gerechten Ausgleichs zwischen Nord und Süd ab.



Entspannung zwischen West und Ost muß ergänzt werden durch eine Politik des friedlichen Ausgleichs zwischen Nord und Süd.

Wenn die großen Unterschiede zwischen arm und reich auf der Welt nicht Schritt für Schritt abgebaut werden, dann steigen die Kriegsgefahren und die Chancen für eine weltweite Friedenssicherung nehmen ab.

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik geht von den Grundwerten und Grundforderungen des Godesberger Programms aus:

„Alle Völker müssen die gleiche Chance haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen. Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker."

Sozialdemokraten werden sich dieser Pflicht zum Frieden nicht entziehen. Sie ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern sie liegt auch in beiderseitigem wirtschaftlichen und sozialen Interesse.

Unsere Investitionen in die Zukunft anderer Völker sind Zukunftsinvestitionen für das eigene Volk.

Auf der internationalen Bühne wird die Europäische Gemeinschaft von vielen als „Sprecherin Europas" angesehen. Dieses Europa und die Dritte Welt haben viele gemeinsame Interessen:

- ○ Für beide ist die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Staatengruppen lebenswichtig.
- ○ Keiner kann ohne partnerschaftliche Kooperation seinen Bürgern Wohlstand und Frieden sichern.
- ○ Wir können nur produzieren, wenn wir sicheren Zugang zu den Rohstoffmärkten in allen Regionen der Erde haben.
- ○ Die in den Entwicklungsländern lebende Mehrheit der Menschen kann nur dann ein menschenwürdiges Dasein führen, wenn sie auch Produkte, technisches Wissen und Kapital aus den Industrieländern erwerben kann.

Europa hat kein Interesse an einer Entwicklung, die die Länder der Dritten Welt in zunehmende Rivalität und Chaos stürzt. Europa muß an der Geschlossenheit und Stabilität der Entwicklungsländer gelegen sein, weil sie so viel eher zu einer internationalen Friedensordnung beitragen werden.

Einige **Beispiele für Zusammenarbeit** mit der Dritten Welt:

- **Rohstoffe:** Preis- und Erlösstabilisierung. Die rohstoffproduzierenden Länder müssen ihre Einnahmen besser planen können.
  Preise und Mengen dürfen nicht zu sehr schwanken. Dies wird auch zu einer sicheren Rohstoffversorgung **aller** beitragen.
- **Währungssystem:** Internationaler Handel ist nur möglich, wenn ein Währungssystem funktioniert, das auch die Interessen der Dritten Welt berücksichtigt. Für die Entwicklungsländer muß es besondere Liquiditätsreserven geben. Der Schuldendienst muß in Grenzen gehalten werden.
- **Industriemärkte:** Die Märkte der Industrieländer müssen langfristig den Produkten aus den Entwicklungsländern geöffnet werden. Dafür muß es Garantien geben. Auch die Entwicklungsländer erkennen an, daß dies nur Schritt für Schritt vor sich gehen kann, weil auch sie kein Interesse daran haben können, daß in den Industriestaaten durch die Öffnung der Märkte ein soziales Chaos entsteht.
- Auch wenn der Entwicklung durch ökonomische Zusammenarbeit Priorität eingeräumt wird, bleibt **finanzielle Entwicklungshilfe** noch längere Zeit in großem Umfang notwendig. Diese Mittel müssen fest zugesagt bzw. vertraglich vereinbart werden.

Ein wichtiges Beispiel für eine kooperative Vertragspolitik ist das Abkommen von Lomé mit über 50 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik. Es regelt bis März 1980 die Zusammenarbeit mit der EG auf folgenden Gebieten (über ein zweites Lomé-Abkommen wird schon verhandelt):

— Fast völlig freier Marktzugang in die Gemeinschaft,
— Stabilisierung von Exporterlösen für Agrarrohstoffe und Eisenerz,
— Sonderregelungen für die Abnahme bestimmter Produkte, die für die Entwicklung der Länder wichtig sind, zu EG-Preisen,
— Dotierung des europäischen Entwicklungsfonds mit rund 9 Mrd. DM im Zeitraum zwischen 1975—1980.

5. CDU/CSU bieten keine vernünftige Alternative.

In der Frage der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ersetzen die Unionsparteien die längst gescheiterte „Hallsteindoktrin" (Abbruch der Beziehungen zu Staaten, die mit der DDR Beziehungen aufnehmen) durch die Doktrin von der freien „Weltmarktwirtschaft". Sie wollen Hilfe an politisches Wohlverhalten knüpfen.

Richtig ist:
Wer will, daß wir morgen noch unsere Produkte verkaufen können, muß heute etwas dazu tun, daß die Entwicklungsländer sie überhaupt kaufen können.

○ Die CDU/CSU diffamiert jedes Aufbegehren gegen Tyrannei und Unrecht in der Dritten Welt, indem sie die den Widerstand tragenden Befreiungsbewegungen als Terroristen und kommunistische Mörderbanden beschimpft. Durch Mangel an Verständnis und Fingerspitzengefühl sind schon manche Befreiungsbewegungen in kommunistisches Fahrwasser gedrängt worden.

Graf **Huyn** (CDU): „Die Bundesregierung betreibt in Rhodesien eine ‚Politik des Blutbades', mit der sie Moskau in die Hände spielt." (DPA 29. 7. 77)

Jürgen **Todenhöfer** (CDU/CSU): „Deutsche Gelder helfen mit, ... daß Schwarze in Süd-West-Afrika und in Rhodesien von pro-kommunistischen Terroristen ermordet werden." (Bild am Sonntag 28. 8. 1977).

Jürgen **Todenhöfer** (CDU/CSU): „Bundeskanzler Schmidt hat den Terrorismus im südlichen Afrika in gefährlicher Weise salonfähig gemacht. Wer radikale Guerillaführer mit Absicht öffentlich aufwertet, wertet auch ihren Terrorismus auf." (CDU/CSU-Pressedienst, 3. 7. 78)

Franz-Josef **Strauß** (CSU): „Man soll sich doch nicht täuschen, wenn der Wunsch der Frontstaaten gegenüber Namibia und gegenüber Rhodesien durchgeht, gibt es dort weder ein Mehrparteiensystem noch einen Verbleib der Weißen. Es gibt die Ermordung oder den Exodus der Weißen. Es gibt einen marxistischen Einheitsstaat." (Der Spiegel, 17. 7. 78)

Richtig ist:
Befreiungsbewegungen von heute können die politisch Verantwortlichen von morgen sein. Darauf muß sich besonders eine Politik einrichten, die weltweit für die Menschenrechte eintritt.

Notizen

V. Sozialdemokraten in Europa: Bessere Partner für den sozialen Frieden

In der Bundesrepublik kämpfen die Sozialdemokraten um die Verwirklichung der sozialen Demokratie, um Solidarität anstatt Ellbogengesellschaft, um innere Stabilität und sozialen Frieden. Dies ist auch unsere Politik für Europa.

Nur ein starkes soziales Europa sichert die Zukunft seiner Bürger.

Soziale Demokratie ist nicht teilbar. Sozialdemokraten wollen auch in Europa die Partei des sozialen Ausgleichs sein. Sie wollen den inneren Frieden sicherer machen.

Für die SPD kommt es darauf an, die Zukunft nicht blinden Marktkräften zu überlassen, sondern sie vorausschauend im Interesse der Menschen zu gestalten.

„In einer Gesellschaft, die in ihrer großen Mehrheit aus Arbeitnehmern besteht, können diese nicht länger von den Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft ausgeschlossen werden." (Europaprogramm der SPD).

Sozialdemokraten wollen die Europäische Gemeinschaft zu einer „Sozialgemeinschaft" ausbauen.

Immer noch ist die Gemeinschaftspolitik überwiegend auf wirtschaftliche Kooperation und vor allem auf den Agrarmarkt konzentriert. Die sozialen Aufgaben werden noch nicht genügend berücksichtigt.

Wir Sozialdemokraten fordern ein **Europa für Arbeitnehmer.**

1. „Arbeit für alle — das ist die erste Forderung, die der Politik heute gestellt ist." (Parteitag Hamburg 1977)

Diese Aufgabe gilt nicht nur für das eigene Land, sondern angesichts von 6 Mio. Arbeitslosen in Europa noch stärker für die Gemeinschaft im ganzen.

Im Programm der SPD für die Europawahl heißt es: „Eine Grundlage für die Wiedererreichung der Vollbeschäftigung ist eine Politik des humanen Wachstums. Diese Politik dient nicht nur der Steigerung des Lebensstandards, sondern ist zugleich auch Grundlage für eine feste Verankerung des Netzes der sozialen Sicherheit, für die Sicherung eines hohen Niveaus öffentlicher Leistungen und für die Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten."

2. Sozialdemokraten in Europa treten ein für eine bessere Berufsausbildung:

- ○ Recht auf Ausbildung: Jeder Jugendliche muß die Möglichkeit haben, sich in einer guten Berufsausbildung auf den Beruf vorzubereiten.
- ○ Abbau von Benachteiligungen: Besseres Ausbildungsangebot für Mädchen und insgesamt in wirtschaftlich schwachen Regionen.
- ○ Der Abschluß einer Ausbildung muß in den Gemeinschaftstaaten als gleichwertig anerkannt werden.
- ○ Ausgewogenes Verhältnis zwischen Praxis und Theorie in der Ausbildung.
- ○ Das Angebot zur Weiterbildung für Arbeitnehmer muß wesentlich erweitert werden.

3. Frauen schaffen am modernen Europa gleichberechtigt mit.

Unser Volk besteht zu mehr als der Hälfte aus Frauen, aber im Deutschen Bundestag sind nur 7 v. H. Frauen vertreten.

In Europa sind Frauen von Anfang an dabei: Unter den 40 aussichtsreichsten Kandidaten der SPD für das Europäische Parlament kandidieren allein 8 Frauen. Aber auch auf den weiteren Plätzen sind sie mit einem Anteil von 20 v. H. vertreten; das entspricht ungefähr auch der Mitgliedschaft von Frauen in der SPD.

Im EG-Vertrag haben wir uns einmal verpflichtet, die Gleichbehandlung von Mann und Frau auch in der Arbeitswelt durchzusetzen.

Hierzu hat der Ministerrat bisher drei Richtlinien erarbeitet, die nun in den neun Ländern der Gemeinschaft in Gesetze umgesetzt werden sollen. Auch bei uns.

Richtlinie Nr. 1: „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" muß für alle Frauen Europas gelten.

Die Praxis sieht bei uns böse aus. Viele Frauen sind minderbezahlt, weil man ihre Arbeit als „leicht" einstuft.

Auch in Deutschland sind die Leichtlohngruppen noch immer nicht aus der Welt geschafft. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit hindert die Frauen, sich ihr Recht zu erkämpfen.

Es wird Zeit, daß sich die Frauen hier ihr Recht nehmen.

Richtlinie Nr. 2: Grundsatz auf Gleichbehandlung von Männern und Frauen muß für ganz Europa gelten.

Diese Richtlinie gilt den Chancen der Frauen zum beruflichen Aufstieg.

Die Arbeitsplätze der Frauen sind in Krisenzeiten immer besonders gefährdet. Denn: Frauen sind auch heute durchschnittlich schlechter ausgebildet als Männer — ihre Arbeitsplätze sind also leichter wegzurationalisieren.

Frauen müssen grundsätzlich die gleichen Berufe offenstehen wie Männern.

Auch durch innerbetriebliche Förderungsprogramme oder Umschulungshilfen dürfen Männer nicht bevorzugt werden. Erst wenn Frauen den Zugang zu allen Berufen suchen und sich entsprechend ausbilden lassen, haben sie im Arbeitsleben bessere Chancen.

Englands Frauen haben bereits ein Antidiskriminierungsgesetz.

In England ist Diskriminierung jeglicher Art seit einiger Zeit gesetzlich verboten: z. B. dürfen in Stellenangeboten nicht mehr die Frauen gegenüber den Männern benachteiligt werden.

Das ist ein Ansporn für alle Länder Europas.

Richtlinie Nr. 3: Gleichbehandlung der Frauen in der sozialen Sicherung muß für ganz Europa durchgesetzt werden.

Diese Richtlinie soll die stufenweise Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der sozialen Sicherung der EG-Staaten durchsetzen.

Frauen können von der CDU/CSU nichts erwarten.

Fast alle Reformen zugunsten der Frauen hat die SPD gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU-Opposition erkämpfen müssen. (z. B. § 218, Eherecht)

4. Vollbeschäftigung in der Gemeinschaft setzt auch eine Verkürzung der Arbeitszeit voraus.

Eine kürzere Arbeitszeit kann erreicht werden durch die Verringerung der Lebensarbeitszeit, z. B. durch eine längere Ausbildung (10. allgemein bildendes Schuljahr), durch Verlängerung des Jahresurlaubs oder durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Sozialdemokraten unterstützen die Forderung der Gewerkschaften nach 6 Wochen Urlaub. Sie unterstützen das gewerkschaftliche Ziel, auf mittlere Sicht die **35-Stunden-Woche** zu erreichen.

— Ludwig Erhard wollte schon für 1975 die 35-Stunden-Woche. Wir sind praktischer.
Wir wissen, Reformpolitik braucht langen Atem. Da haben wir unsere Erfahrungen. Vor fast 100 Jahren haben wir den 8-Stunden-Tag gefordert. Vor 60 Jahren wurde er Wirklichkeit. Jahrzehnte später dann: die 40-Stunden-Woche.

— Es geht Schritt für Schritt weiter: Jetzt um die 35-Stunden-Woche. Im Europaprogramm der SPD heißt es: „Ziele einer schrittweise durchzusetzenden tariflichen Arbeitszeitverkürzung sind die 35-Stunden-Woche und die Verlängerung des Jahresurlaubs ... hinzutreten muß eine koordinierte Politik der Mitgliedsländer der Gemeinschaft zur Herabsetzung der Lebensarbeitszeit."

5. Für eine soziale Politik, die sich an den Interessen der Arbeitnehmer orientiert, stehen auch die Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt.

Neue Technologien und stärkere Rationalisierung verändern Arbeitsorganisation, Anforderungen und Arbeitsplätze.

Wenn sie allein am Gewinninteresse der Unternehmen orientiert werden, dann bleiben die Interessen der Arbeitnehmer auf der Strecke und dann wachsen soziale Folgekosten zu Lasten der Allgemeinheit.

Die **Humanisierung der Arbeit** muß sich für den einzelnen und sein Schicksal am Arbeitsplatz auswirken:

- Arbeitnehner müssen unter den derzeitigen Arbeitsmarktverhältnissen einen Schwerpunkt ihrer Interessenvertretung auf humane Arbeitsbedingungen legen. Sie muß sowohl durch gesetzliche Regelungen (Mitbestimmung) als auch durch Tarifverträge durchgesetzt werden.
- Rationalisierungsschutz ist keine defensive Strategie, sondern unser offensiver Anspruch, mit dem technischen Wandel zugleich auch die Organisation und die Bedingungen in der Arbeit zu verbessern.
- Große Unterschiede gibt es im Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz. Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, daß innerhalb der Gemeinschaft Industrien nicht verlagert werden können, nur weil in einigen Regionen längere Arbeitszeiten vereinbart oder Arbeits- und Gesundheitsschutz vernachlässigt wurden.

6. Die europäischen Sozialdemokraten wollen in der Gemeinschaft die Wirtschaftsdemokratie verwirklichen.

— Die Marktwirtschaft bedarf der Ergänzung durch Sozialgesetzgebung und Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen im Wirtschaftsprozeß.

Die Beteiligung der Arbeitnehmer bleibt unser Ziel, gleichgültig ob es sich

— um die Vertretung in den Führungsgremien staatlicher oder privater Unternehmen handelt,
— um die Mitbestimmung auf paritätischer Basis,
— um die Ausdehnung der Verhandlungsbefugnis der Gewerkschaften auf alle Betriebsbereiche des Unternehmens
— oder um die Selbstverwaltung.

7. Soziale Sicherheit muß zu einem Angebot für alle Bürger Europas werden.

Das Netz der sozialen Sicherung, das sich bei uns auch unter Belastungen gut bewährt, muß zu einem Angebot für alle Bürger Europas werden. Für Sozialdemokraten ist eine Verbesserung der sozialen Sicherheit des einzelnen und der Familie bei Krankheit, Invalidität und Alter ein erstes Gebot der Gerechtigkeit.

In Europa darf es auf die Dauer keine Inseln der sozialen Schutzlosigkeit mehr geben.

Allerdings dürfen unsere Errungenschaften in diesem Bereich nicht gefährdet werden: Eine allmähliche Angleichung der sozialen Sicherung in anderen Mitgliedstaaten muß sich am jeweils höchsten Niveau orientieren.

8. Die europäische Sozialdemokratie sieht der Erweiterung der Gemeinschaft durch Portugal, Griechenland und Spanien mit Freude und Hoffnung entgegen.

Wir sind stolz darauf, unseren Beitrag dazu geleistet zu haben, daß diese Staaten nach zum Teil jahrzehntelanger brauner Diktatur den Weg in die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsform gefunden haben.

9. Wir sind unseren südeuropäischen Partnern einen Solidaritätsfonds schuldig.

Durch ein Solidaritätsprogramm kann der Süden Europas wirtschaftlich besser entwickelt werden. Das kommt angesichts der vergleichbaren Nachfrage- und Angebotsstruktur dieser Länder auch den höher entwickelten Staaten zugute, weil verhältnismäßig bald eine hohe Nachfrage nach Industriegütern zu erwarten wäre.

Durch Investitionen in den Beitrittsländern werden auch neue Arbeitsplätze geschaffen, so daß sich die mit der Freizügigkeit der Arbeitsplatzwahl für uns ergebenden Probleme, die zunächst durch besondere Überprüfungsfristen eingeschränkt sind, verringern.

10. Eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik ist notwendig.

Sozialdemokraten lassen sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten:

- ○ Die Agrarpolitik muß in ein langfristiges Konzept der Regional- und der Arbeitsmarktpolitik eingebettet sein.
- ○ Die Interessen der Verbraucher müssen gleichgewichtig mit den landwirtschaftlichen Interessen berücksichtigt werden.
- ○ Bei Erzeugnissen, bei denen ein mehrjähriges Ungleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch besteht und bei denen auch ein Absatz auf dem Weltmarkt nur unter großen Kosten möglich ist, muß eine vorsichtige Preispolitik betrieben werden.
- ○ Maßnahmen der Preisstützung sollen zugunsten von Strukturverbesserungen abgebaut werden.
- ○ Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, daß in der Agrarpolitik die besonderen Bedürfnisse und Probleme einzelner Regionen und verwandter Sektoren, wie Weinbau und Fischerei, angemessen berücksichtigt werden.

VI. Was hat Europa uns gebracht?

Europa ist für uns alle eine Realität mit vielen Vorteilen.

Nach Weltkrieg und Zerstörung war es vor allem die Gemeinschaft, die den Deutschen in kurzer Zeit die Rückkehr in die europäische Völkerfamilie erleichterte.

In Europa hat sich durch die EG eine wichtige Wende vollzogen. Statt des zerstörerischen Nationalismus hat sich partnerschaftliches Miteinander durchgesetzt, statt Mißtrauen vertrauensvolle Zusammenarbeit, statt Krieg und Zerstörung Kooperation.

Nach jahrhundertelangen Feindschaften ist der Friedenswille in Westeuropa ebenso zur Selbstverständlichkeit geworden wie der Wille der Gemeinschaft, weiter ein festes Fundament für den Ausgleich mit dem Osten zu sein.

1. Stabilisierung der Demokratie

Wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit haben nicht nur zur Friedenssicherung beigetragen. Während in anderen Ländern der Welt Demokratie abgebaut wird, ist es in Westeuropa gelungen, Demokratie weiter zu entwickeln und auf andere Länder auszudehnen (Spanien, Portugal und Griechenland).

2. Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt

Der **Gemeinsame Markt** hat zu mehr **Wohlstand** und wirtschaftlicher Stabilität in Europa beigetragen.

Durch den Wegfall der Zollschranken hat sich im Europa der Neun seit 1958 der Warenaustausch mehr als verzehnfacht.

Die Bundesrepublik zog aus dem **Gemeinschaftshandel** den größten Nutzen:

- ○ Unser Export in die 8 Partnerländer der heutigen EG ist von knapp 10 Mrd. DM im Jahre 1958 auf über 120 Mrd. DM angestiegen.
- ○ Was 1958 noch als Gesamtexport in die EG ging, floß 1976 allein als Handels**überschuß** in die Bundesrepublik. Unsere Partner kauften für über 10 Mrd. DM mehr bei uns als wir von ihnen bezogen (pro Arbeitstag sind das 45 Mio. DM, das entspricht $^2/_3$ der Tagesproduktion des Volkswagenwerkes).

Unsere Arbeitsplätze und Einkommen sind stark vom Export abhängig. Man kann sagen, daß etwa 200 000 Arbeitnehmer ein ganzes Jahr allein für den Handelsüberschuß gearbeitet haben.

Damit wird deutlich: Nicht nur die Unternehmen, auch die Arbeitnehmer haben Vorteile aus dem Gemeinsamen Markt.

Dies wird auch an einem reicherhaltigen Warenangebot deutlich: Große und vielfältige Auswahl von Südfrüchten zu jeder Jahreszeit, Obst, Gemüse und auch Salat den Winter hindurch. Französische und italienische Weine. Unterschiedliche Käsesorten aus Frankreich, Holland und Dänemark. Mode aus Paris, London und Rom.

Es ist unbestreitbar: **Der Verbraucher hat vielfältigen Nutzen von der EG.**

Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit haben den technischen Fortschritt beschleunigt. Der größere Markt hat den Wettbewerb verstärkt und die Produktivität erhöht. Viele Güter sind erschwinglicher geworden. Der Arbeitnehmer kann sich für sein Einkommen mehr leisten als früher.

Die Gemeinschaft hat sich auch **in Zeiten wirtschaftlicher Krisen weitgehend bewährt.** Niemand hat ernsthaft versucht, seine Schwierigkeiten auf Kosten anderer zu lösen.

Was gerade für uns besonders wichtig ist:

- ○ Während der wirtschaftlichen Talfahrt hat kein EG-Land nennenswerte Einfuhrbeschränkungen eingeführt.
- ○ Die deutschen Ausfuhren in die Gemeinschaft sind in der Rezession kurzfristig nur um 8 v. H. gesunken, während der Export nach USA und Japan um jeweils 25 v. H. zurückgegangen ist.

Mit dem **europäischen Sozialfonds** hat die Gemeinschaft vor allem Umschulung von Arbeitnehmern mitfinanziert.

3. Europa öffnet sich dem Bürger

Die Europäische Gemeinschaft garantiert allen Bürgern bereits weitgehend Freizügigkeit:

- ○ Erleichterung beim Grenzübergang, grüne Versicherungskarte abgeschafft, Euroscheck eingeführt;
- ○ keine Visum- und Devisenkontrolle;
- ○ freie Reisemöglichkeiten;
- ○ kostenlose medizinische Behandlung in allen neun EG-Ländern für Pflichtversicherte auf dem EG-Krankenschein.

Jeder Gemeinschaftsbürger hat das Recht, in einem EG-Land seiner Wahl zu arbeiten und zu leben. Rechtlich und sozial genießt er den gleichen Schutz wie der einheimische Bürger. Die volle Freizügigkeit (wie sie bereits für Ärzte und Rechtsanwälte besteht) wird aber erst dann verwirklicht sein, wenn alle Berufsabschlüsse überall in der EG anerkannt werden.

Notizen

VII. Sozialdemokraten in Europa: Fortschrittliche Politik gegen ideologische Erstarrung

(Vorläufiger Text, da die Vorbereitungen der CDU/CSU auf die Europawahlen noch nicht abgeschlossen sind. Nach dem CDU-Parteitag, 25.—27. 3., dem Abschluß der CDU-Listen und der Verabschiedung der CSU-Liste wird über den Euro-Schnellbrief die Argumentation mit dem politischen Gegner fortgeführt.)

Die Oppositionsparteien CDU und CSU suchen am 10. Juni die große innenpolitische Kraftprobe.

Aus Meinungsumfragen wissen sie, daß die Freunde und Anhänger der sozial-liberalen Koalition für das Thema Europa noch nicht so viel Interesse aufbringen wie ihre eigene Anhängerschaft.

Das Ziel ist klar: Die Oppositionsparteien wollen diesen Vorsprung ausnutzen und bei der Europawahl, die wie eine Bundeswahl bundesweit stattfindet, eine Mehrheit herausholen. Für die Zeit bis 1980 soll dann Helmut Schmidt und seiner Regierung ununterbrochen vorgehalten werden, er habe ja gar keine richtige Mehrheit mehr in der Bevölkerung.

Die Wahrheit ist: Den Unionsparteien geht es nicht um Europa, wie auch ihre Kandidatenlisten beweisen. (Selbst die FAZ beklagt am 5. 2. 79:

„Die CDU-Listen in den einzelnen Ländern können mit ihren Kandidaten, ‚die niemand kennt', der überall in gleicher Form aufgelegten Bundesliste der SPD mit Brandt, Vetter, Kühn und Loderer auf den ersten Plätzen nicht Paroli bieten".)

Die vier entscheidenden Gründe, warum man CDU und CSU nicht für Europa wählen kann:

— **Erster Grund: Konservative Politik taugt nicht für uns, also auch nicht für das moderne Europa aller Bürger.**

Die alte Rechte, die in der Bundesrepublik keine Chance hat, sucht über Europa eine Rückkehr zu mehr Macht. Sie will aus Europa ein „Bollwerk gegen den Osten" machen und behauptet, es ginge ihr um die Rettung der abendländischen Kultur. Die CSU spricht sogar wieder ganz offen das Schlagwort „Freiheit oder Volksfront" aus. Strauß und die CSU unterstützen die Kandidatur eines Otto von Habsburg, der den Demokratien in Krisenzeiten wieder eine Einmann-Diktatur empfiehlt und mit fanatischem Zorn unsere Politik der Aussöhnung und Völkerverständigung auch mit dem Osten bekämpft.

Auf der anderen Seite wenden sich CDU und CSU gegen das Europa der Arbeitnehmer. Sie werfen das Feindbild eines „Gewerkschaftsstaats" an die Wand, obwohl sie doch wissen müßten, daß die Leistungen der deutschen Gewerkschaften wesentlich zur Stabilität unserer Demokratie in den vergangenen 30 Jahren beigetragen haben.

Diese Art rechtskonservativer Politik darf nicht wieder die Oberhand gewinnen. Denn was so eine Politik bedeutet, sieht man schon heute hier bei uns:

Im Zweifel sind Rechtskonservative immer wieder für die Sicherung von Privilegien.

Im Europawahlkampf fordert die CDU/CSU eine Charta der Rechte der Arbeitnehmer, Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeitswelt; sie bekennt sich zu einer Sozialpolitik, die „auch soziale Strukturpolitik sein" muß. Das sind Forderungen, die die ausländischen Christdemokraten in ihr Programm der Europäischen Volkspartei geschrieben haben. Diese Parteien sind viel fortschrittlicher. Der niederländische Ministerpräsident von Agt über die CDU/CSU: „Diese Leute haben mit uns nur den Namen gemeinsam."

VII

Hier in Deutschland macht die Union nämlich genau die umgekehrte Politik: Sie stemmt sich gegen jede Reform

und gegen jedes Gesetz, das mit der Beseitigung von Ungerechtigkeiten ernst macht.

— Die Union hat versucht, reiche Familien noch mehr zu bevorzugen: Sie wollte wieder Kinderfreibeträge einführen. Anders als beim gleichen Kindergeld für alle haben davon die etwas, die mehr Geld haben.

— Mit der alten CDU-Schule haben Kinder aus einfachen Verhältnissen weniger Chancen. Das nennen CDU und CSU „Chancengerechtigkeit".

(Strauß: „Der liebe Gott ist kein Sozialist, denn er hat die Menschen ungleich geschaffen — und deshalb hat es auch keinen Sinn, von Chancengleichheit zu reden. Was wir brauchen, ist die Chancengerechtigkeit.") (CSU-Parteitag 16. 7. 78)

Wenn es darauf ankommt, wählen die ewig gestrigen Konservativen immer wieder obrigkeitsstaatliche Methoden.

○ Die Angst vor Terroranschlägen mißbrauchen sie zur Einschüchterung Andersdenkender.

○ Die Notwendigkeit, Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernzuhalten, mißbrauchen sie für Gesinnungsschnüffelei und Diffamierung.

○ Für die innere Sicherheit empfehlen sie die rigorose Einschränkung wichtiger Grundrechte anstatt sich, wie wir, für eine wirksame Verbrechensbekämpfung durch bessere Vorbeugung und Fahndung einzusetzen.

VI

Wo immer Konservative dazu in der Lage sind, verhindern, blockieren oder verzögern sie wichtige Reformen. Bei der CDU/CSU war das bisher noch in jedem Oppositionsjahr so:

1971: 10. 11.	Kündigungsschutz für Mieter CDU/CSU: Ablehnung, vorher Blockade im Bundesrat
	Betriebsverfassungsgesetz CDU/CSU: 212 Ablehnungen
1972: 17. 5.	Moskauer Vertrag CDU/CSU: Mehrheitliche Enthaltung (238)
	Warschauer Vertrag CDU/CSU: 213 Enthaltungen
1973: 11. 5.	Grundlagenvertrag CDU/CSU: 217 Ablehnungen
	UNO-Beitritt CDU/CSU: 121 Ablehnungen
1974: 21. 6. 12. 7.	Steuerreform CDU/CSU: Verzögerung und Verwässerung im Bundesrat
1975: 31. 1.	Änderung des Namensrechts CDU/CSU: Ablehnung
25. 7.	KSZE-Beschlüsse CDU/CSU: Ablehnung
1976: 8. 4.	Ehe- und Familienrecht CDU/CSU: teilweise Ablehnung, vorher Blockade im Bundesrat
1977: 13. 5.	Kostendämpfungsgesetz CDU/CSU: Mehrheitliche Ablehnung
1978: 8. 6.	Konsolidierung der Rentenfinanzen (21. Rentenanpassungsgesetz) CDU/CSU: Ablehnung

Zweiter Grund: Mit der CDU/CSU-Ideologie lassen sich wirtschaftliche und soziale Probleme weder in Deutschland noch in Europa lösen.

In einer modernen demokratischen Gesellschaft hat die Stimme der Arbeitnehmer mehr Gewicht: Mitbestimmung und Mitverantwortung gegen einseitige Wirtschaftsmacht. CDU und CSU versuchen, die Wirtschaftsdemokratie auch in Europa mit allen Mitteln zu verhindern:

- Wenn Sozialdemokraten sich für Arbeitnehmer starkmachen, und Arbeitnehmervertreter für Sozialdemokraten kandidieren, sprechen CDU und CSU vom **Gewerkschaftsstaat** und von „sozialistischer Kampfgemeinschaft". (Bayern-Kurier 16. 12. 78)
- Wenn Unternehmerverbände gegen das **Mitbestimmungsgesetz** vor dem Bundesverfassungsgericht klagen, finden sie in den Reihen der CDU/CSU Unterstützung. (Wirtschaftsrat der CDU)

CDU und CSU setzen sich sogar vom europäischen Programm ihrer Schwesterparteien ab und entlarven das Bekenntnis für Mitbestimmung ebenso als Lippenbekenntnis wie das Versprechen „Wir wollen die Mitwirkung der gesellschaftlichen Gruppen stärken ... und Macht dezentralisieren."

- Wenn Unternehmer Arbeitnehmer **aussperren** und so einen Klassenkampf von oben führen, findet das den Beifall von Politikern der CDU/CSU.

Kohl: „Aber wenn ich der einen Seite das Recht gebe zu streiken, muß ich der anderen Seite das Recht geben auszusperren." (23. 11. 78)

Dagegen hebt das konservative EVP-Programm für Europa ausdrücklich das Recht auf Streik hervor, vom Recht auf Aussperrung ist dort nirgendwo die Rede.

Hans **Koschnick** auf dem Europa-Parteitag der SPD am 9. 12. 1978: „Aussperrung ist der Schritt zurück zum Klassenkampf des vorigen Jahrhunderts. Wir Sozialdemokraten finden es unerträglich, daß die Bundesrepublik Deutschland, eines der streikärmsten Länder in der westlichen Staatengemeinschaft, von den deutschen Arbeitgebern zum aussperrungsreichsten Land gemacht werden soll."

VII

Zur Sicherung von Arbeitsplätzen müssen heute neue Wege gefunden werden. **CDU und CSU aber diffamieren schon das Nachdenken über neue Wege** als sozialistische Planwirtschaft.

Kohl in der Haushaltsdebatte am 24. 1. 1979 über unser Programm „Soziale Demokratie für Europa": „Programm einer sozialistischen Klassenkampfpartei, die mit festem Schritt ins 19. Jahrhundert zurückmarschiert."

Europas Sozialdemokraten aber geht es nicht um überholten Klassenkampf, sondern um die Frage, wie am Ende des 20. Jahrhunderts Europas Beschäftigungsprobleme gelöst werden können.

Wir diskutieren z. B. über die Anmeldung von Investitionen, die einen bestimmten Umfang überschreiten. Warum? Es sollen die Auswirkungen auf die Belastungen der Umwelt und auf den Abbau von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung gemeldet werden. Die CDU/CSU sagt Klassenkampf, wenn sie in Wirklichkeit Maßnahmen zum Umweltschutz und wirksame Bekämpfung von Arbeitslosigkeit verhindern will.

Im übrigen ist Investitionsanmeldung längst ein Verhandlungsthema der Dreier-Konferenz in Brüssel zwischen den Regierungen, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden.

Die Unterstellungen der Union verschweigen regelmäßig, was das im Programm genau beschriebene Ziel von Investitionsanmeldungen ist. Es geht darum zu prüfen:

- „Ob die Investitionen mit den Bedingungen des Umweltschutzes und des Arbeitsschutzes vereinbar sind und
- welche Auswirkungen die Investitionen auf die Beschäftigung haben." (Europaprogramm)

Was die Unionsparteien vergebens in unserem Programm zu belegen suchen, nämlich „Rückfall in klassenkämpferische Agitation" (Kohl am 24. 1. 1979 im Bundestag), ist in Wahrheit ihre eigene Politik. Statt sich für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen, beschwören CDU und CSU die Grenzen des Sozialstaats und erproben die Belastbarkeit der Arbeitnehmer durch soziale Demontage:

Biedenkopf fordert: „Verteilungsprobleme lassen sich über marktwirtschaftliche Prozesse besser lösen. Denn der Markt ist in der Lage, in Besitzstände einzugreifen ...": Sozialpolitik nennt Biedenkopf zynisch in seinem Memorandum vom Januar 1979 „Betreuungsphilosophie". Eingreifen will er in die Besitzstände der sozial Schwachen, nicht in die der Reichen.

Technik und Wirtschaft müssen allen Menschen dienen. Dafür werden sich die europäischen Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften im Europäischen Parlament einsetzen. Wer dies Klassenkampf nennt, weiß nichts von den Existenzproblemen der Arbeitnehmer in Europa.

— **Dritter Grund: Die CDU/CSU-Wahlkampfvorbereitungen zeigen schon heute: Dem konservativen Lager geht es nicht um ein besseres, friedliches Europa.**

Der CSU-Vorsitzende **Strauß** hat schon in seiner berüchtigten Sonthofener Rede verraten: „Da kann man nicht genug an allgemeiner Konfrontation schaffen". Daraus ist 1976 die Wahlkampfparole „Freiheit oder Sozialismus" entstanden, heute versucht die CDU den Wählern einzureden, es ginge um Freiheit oder Volksfront.

Die Werbestrategen dagegen in der CDU versuchen den Wähler zu täuschen. Sie versprechen „Glück für die Menschen".

Mit politischen Mitteln kann man eine bessere Gesellschaft schaffen. Aber niemand kann das Glück auf Erden versprechen, es sei denn, er ist ein Falschspieler.

Vernünftige politische Entscheidungen kommen zustande, wenn Bürger und Politiker offen und ehrlich und ohne Angst sich mit den Problemen auseinandersetzen können. Strauß und Dregger und Kohl aber wollen ihre Politik mit Täuschung und Angstgefühlen gestalten:

Wir kennen die Taktik inzwischen aus über 10jährigem Dauerwahlkampf der Opposition.

- **Einerseits:** Angst machen, wirtschaftliche Unsicherheit schüren, Rentner verunsichern, die SPD in die Ecke der Kommunisten drängen, Bedrohung der Freiheit behaupten.
- **Andererseits:** Dregger, Strauß und andere bieten sich als Retter in einer herbeigeredeten Krise an. Verunsicherte Wähler sollen wie schon so oft in der deutschen Geschichte bei der autoritären Rechten Schutz suchen.

(Was hat **Otto von Habsburg** wohl im Sinn gehabt, als er seine Einmann-Diktatur nach römischem Vorbild für die Bundesrepublik empfahl? „Dieser Mann sollte, nur für die Zeit des Notstandes, das Recht haben, sämtliche Gesetze zu suspendieren. . . ." denn: „Eine Waffe ist nur glaubwürdig, wenn ein einziger Finger am Abzug ist . . ." — Otto von Habsburg in ‚Zeitbühne' Nr. 4/78)

— **Vierter Grund: Mit CDU und CSU sind wir Deutschen international nicht gut vertreten.**

CDU und CSU haben keine vergleichbaren Persönlichkeiten wie Willy Brandt und Helmut Schmidt.

- Die Welt kennt und achtet Helmut Schmidt. Sie erwartet von ihm, daß er sein Gewicht und seinen Rat einbringt, um die weltwirtschaftlichen Gefahren zu bannen und den Rüstungswettlauf zu bremsen.
- Der Name Willy Brandt steht für die Politik des friedlichen Ausgleichs — nicht nur nach Osten. Er leitet eine internationale Kommission, die — auch in unserem langfristigen Eigeninteresse — nach Möglichkeiten für einen direkten Ausgleich zwischen Industrie und Entwicklungsländern sucht.

Helmut Kohl hat außerhalb von Rheinland-Pfalz noch nichts zustande gebracht.

Von einem „feststellbaren internationalen Defizit Kohls" sprach die Frankfurter Neue Presse (9. 12. 75). „Für die USA ist Kohl ein Unbekannter" schrieb die Rheinische Post (5. 5. 76).

Kohls Rivale Kurt Biedenkopf beklagte am 26. 8. 78 auf dem westfälischen CDU-Mittelstandstag, er habe den Eindruck, „daß die CDU in der internationalen Diskussion zur Zeit kaum stattfindet". Und er fügte hinzu: „Wir spielen international nur noch eine Randrolle". (DPA 26. 8. 78, WELT 28. 8. 78)

Franz Josef Strauß ist international ein Problem. Er weckt im Ausland eher Sorgen als Sympathie.

Seine Beziehungen zu den früheren Diktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien bleiben den Europäern in unguter Erinnerung. Entrüstung haben seine Äußerungen während seines Chile-Besuches Ende 1977 erregt, mit denen er sogar den Widerspruch europäischer Schwesterparteien und der chilenischen Christdemokraten hervorrief. Remo Gasperi (DC): Wir sind immer gegen Pinochet gewesen, und wir lassen unsere Position nicht beeinflussen".

Auf Unverständnis stößt seine Verteidigung der Apartheid-Regime im südlichen Afrika.

CDU und CSU sind umstritten in den Nachbarländern, auch wegen Filbinger.

Insbesondere die CSU ist im Kreise der christlich-demokratischen Parteien Europas deutlich isoliert. Strauß, so erklärte die **holländische CDA**, habe in Chile „die moralischen Ideale der christlichen Demokratie in den Wind geschlagen" (zitiert nach CDU-Mitglied Franz Alt, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 22. 1. 78).

Wilfried **Maertens**, Vorsitzender der belgischen christlichen Volkspartei: „Wir sind nicht einverstanden mit bestimmten Elementen der deutschen CDU. In diesem Sinne haben wir ein Problem ... wir glauben, daß wir in Europa eine eigenständige, eine fortschrittliche Politik verfolgen müssen, mit einer anderen Einstellung gegenüber den nationalen Belangen. In diesem Sinne gibt es Meinungsverschiedenheiten gegenüber bestimmten Elementen in der CDU und der CSU von Herrn Strauß." (2. 2. 76 im Belgischen Fernsehen)

Das Volksfrontmärchen hat bei Europas Christdemokraten keine Chance.

Europas Christdemokraten weigern sich aus gutem Grund, die demagogische Geschichtsfälschung „Volkspartei statt Volksfront" der CSU mitzumachen:

- Die konservativen Parteien Europas wissen am besten, daß Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit zu allererst von jenen erkämpft worden sind, die jetzt von der CSU beschimpft werden: Sozialdemokraten, Gewerkschaften und engagierte Liberale.
- Die Volksfront wird gerade von den Sozialdemokraten am entschiedensten abgelehnt.
- In Italien halten sich die Christdemokraten nur durch ein Bündnis mit den Kommunisten an der Macht.
- Der jetzige Präsident des Europäischen Parlaments, der italienische Christdemokrat Emilio Colombo, wurde gegen die stärkste Fraktion der Sozialisten und Sozialdemokraten nur deshalb in sein Amt gewählt, weil ihn die Kommunisten unterstützten.

Auch hier gilt: Christdemokraten praktizieren das, was sie Sozialdemokraten unterstellen. Tatsache dagegen ist: **Wo Konservative lange Zeit regieren, erhalten Kommunisten Zulauf.**

Überall in Europa, wo Sozialdemokraten stark sind, haben Kommunisten keine Chance.

VI

Notizen

VIII. Unsere Mannschaft – die besseren Partner für Europa

Mit Willy Brandt, Heinz Oskar Vetter, Bruno Friedrich, Beate Weber, Heinz Kühn und Eugen Loderer auf den ersten Plätzen der Europaliste beweisen die deutschen Sozialdemokraten, welchen Stellenwert sie der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament beimessen. Politiker der ersten Reihe mit nationalem Gewicht und internationalem Ansehen unterstreichen die Entschlossenheit der SPD, gemeinsam mit den europäischen Sozialisten und den Gewerkschaften für ein soziales Europa zu streiten.

Dazu brauchen wir erfahrene, aber auch jüngere Politiker:

Die SPD hat auf den aussichtsreichen 35 Plätzen 10 Kandidaten im Alter von 29 bis 38 Jahren nominiert.

Dagegen beklagt die Junge Union, daß sich für ihre Kandidaten bei CDU und CSU bei der Europawahl kein einziger sicherer Listenplatz abzeichnet.

Noch schlimmer steht es mit CDU und CSU was die Kandidatur von Frauen angeht:

Als Wähler umworben, bleibt ihnen die Liste weitgehend verschlossen oder sie werden auf die hinteren, aussichtslosen Plätze verwiesen.

In Baden-Württemberg z. B., wo die Nominierung abgeschlossen ist, findet man auf den 7 aussichtsreichen Plätzen nicht eine einzige Frau.

Die SPD hat dagegen aus Baden-Württemberg gleich zwei Frauen sehr aussichtsreich plaziert.

Im Bundestag sind nur 7 v. H. der Abgeordneten Frauen. Dies will die SPD im Europaparlament ändern. Mit insgesamt 8 Frauen auf den ersten 40 Plätzen (insgesamt 20 v. H. Frauen unter den Bewerbern), entspricht der Anteil der Frauen auf der sozialdemokratischen Liste erstmals sogar deren Stärke in der Mitgliedschaft. Das soll uns Auftrieb geben, durch eine Mitgliederaktion mehr Frauen zum Eintritt in die SPD zu gewinnen.

Die Bundesliste der SPD ist attraktiv, glaubwürdig und ausgewogen. Die Bund-Länder-Mannschaft an der Spitze garantiert, daß jedes Bundesland eine Chance hat, über die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament vertreten zu sein.

In enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteien unserer Nachbarn werden wir in der Lage sein, Europa als eine Macht des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen.

VII

IX. Sozialdemokraten und Gewerkschaften für Europa

Die deutsche Arbeiterbewegung hat eine lange europäische Tradition. Als für Europas Konservative der Nationalstaat noch als einer der höchsten politischen Werte galt, war der Gedanke des Internationalismus in der deutschen Sozialdemokratie ebenso fest verankert, wie in den Reihen der Deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Schon auf ihrem ersten Nachkriegsparteitag 1946 in Hannover hat die SPD ihre aus der Weimarer Zeit stammende Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa" wiederaufgenommen. Damit knüpfte sie an ihre über 100jährige Tradition bewußt an:

- Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein forderte 1866 den deutschen Volksstaat als neuen „Anfang des solidarischen europäischen Staates".
- Die Sozialdemokratie kämpfte in ihrer Frühzeit gegen nationalistische Borniertheit; ihre beiden Reichstagsabgeordneten August Bebel und Wilhelm Liebknecht stimmten 1871 gegen die Annexion Elsaß-Lothringens.
- 1925 spricht sich die SPD als erste deutsche Partei in ihrem Heidelberger Programm für die „aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa" aus.

Sozialdemokraten haben die Montan-Union und die europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht abgelehnt, weil sie eine anti-europäische Grundhaltung gehabt hätten, sondern wegen grundsätzlicher Bedenken gegen die vorgelegten Verträge:

— weil sie darin die Gefahr der Vertiefung des Grabens zum anderen Teil Deutschlands und zu Osteuropa sahen;
— weil sie Europa nicht nur auf 6 Nationen beschränkt sehen wollten;
— weil sie kein einseitig klerikal-konservatives Europa wollten;
— weil sie in der Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ein Bündnissystem sahen, das die „Fortsetzung des kalten Krieges unvermeidlich machen" würde (Aktionsprogramm 1952);
— weil sie in den europäischen Institutionen wirksamere Instrumente demokratischer Kontrolle wollten;
— weil bestimmte Einzelfragen ungeklärt waren, wie z. B. der Status des Saarlandes.

Die SPD war trotzdem von Anfang an für die Westintegration und für die wirtschaftliche und politische Einigung aller nichtkommunistischen Staaten Europas:

(Beitritt zu dem von Jean Monet 1955 gegründeten „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", noch bevor das Einigungswerk, insbesondere unter dem Einfluß des belgischen Sozialisten Spaak, weltoffenere Züge anzunehmen begann)

— Rede Herbert **Wehners** im Juni 1960 zur Westintegration der Bundesrepublik;
— der erste Plan für die Direktwahl des Europäischen Parlaments trägt den Namen des deutschen Sozialdemokraten Karl **Mommer** (1964);

— Leistungen Willy **Brandts** für den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft, vor allem: Gipfelkonferenz Den Haag 1969 mit dem historischen Durchbruch für den britischen Beitritt; oder 1972 in Paris, wo neue Impulse für die Sozial-Union, die politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion entstanden.

— Helmut **Schmidts** Verdienste für die Weiterentwicklung der Wirtschaftsgemeinschaft zu einer europäischen Gemeinschaft mit wesentlichen Elementen einer gemeinsamen Außenpolitik; vor allem seine Erfolge in der Arbeit für eine echte europäische Währungspolitik.

Die deutschen Gewerkschaften waren nach Kriegsende die erste große Kraft in Deutschland, die sich für ein Vereintes Europa aussprach.

Durch die Beseitigung der europäischen Kleinstaaterei und den Aufbau wirtschaftlicher Großräume wollten die deutschen Gewerkschaften schon früh zu einer Stärkung Europas beitragen:

- Als am 9. Mai 1950 der französische Außenminister Robert Schuman seinen Plan zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verkündete, erhielt er von den deutschen Gewerkschaften Zustimmung und Unterstützung.
- Auf dem 4. ordentlichen Bundeskongreß des DGB 1956 wurde die Errichtung eines umfassenden gemeinsamen Marktes durch Bildung einer Wirtschafts- und Zollunion begrüßt.

  Schon damals wußten die deutschen Gewerkschaften, was auch heute noch gilt: „Der Erfolg europäischer Integrationsbestrebungen hängt entscheidend davon ab, daß sie die Unterstützung der Arbeitnehmerschaft der beteiligten Länder gewinnen, die nur gesichert ist, wenn sie in den Institutionen maßgeblichen Einfluß bekommen."
- 1959 verlangt der DGB „eine europäische Gesamteinrichtung unter genügender Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer".
- 10 Jahre später, auf dem 8. ordentlichen Bundeskongreß in München, fordern die Gewerkschaften „ein europäisches Parlament mit gesetzgeberischen und Haushaltsrechten, dessen Mitglieder in direkter Wahl gewählt werden."
- Auch 1975 beweist der DGB, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung in ihrer europäischen Gesinnung sich von niemandem übertreffen läßt. Der 10. ordentliche Bundeskongreß in Hamburg spricht sich für die schrittweise Übertragung von nationalen Entscheidungsbefugnissen auf die europäische Ebene" aus.
- 1978 fordert der DGB legislative und kontrollierende Funktionen für das Europäische Parlament, „wie sie in jeder nationalen parlamentarischen Demokratie selbstverständlich sind".

Seit 1974 sind alle demokratischen Gewerkschaftsorganisationen ganz Westeuropas in einem einzigen Bund, dem **Europäischen Gewerkschaftsbund,** zusammengeschlossen.

Für die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften ist es im Jahr der Europawahl wichtig, sich an ihre große soziale und demokratische Vergangenheit zu erinnern. 1889, vor 90 Jahren, forderten die Arbeitnehmer zum ersten Mal den Maifeiertag, um alljährlich für eine sozial gerechtere Welt zu demonstrieren.

Damals haben sie bei 14—16 Stunden Arbeitstag erstmals für den 8-Stunden-Tag gekämpft. 1919, vor 60 Jahren, haben die Sozialdemokraten die erste Republik auf deutschem Boden geschaffen, zum ersten Mal konnte das deutsche Volk als sein eigener Souverän die Deutsche Nationalversammlung wählen und sich eine demokratische Verfassung geben. 1949, vor 30 Jahren, nach der von Hitler verschuldeten deutschen Katastrophe, begann mit der Verabschiedung des Grundgesetzes die zweite deutsche Demokratie. Kurt Schumacher vor allem hat durchgesetzt, daß das Grundgesetz einen handlungsfähigen Staat garantiert.

Das Jahr 1979 muß mit der Europawahl das Tor zu einem Europa öffnen, in dem sich Freiheit und Gerechtigkeit miteinander verbinden, das den Frieden stärkt und die Solidarität mit den Armen in der Welt als Pflicht begreift. Für dieses Europa sind die Sozialdemokraten die besseren und die zuverlässigeren Partner. Mit Willy Brandt, Helmut Schmidt und Heinz Oskar Vetter werden wir diesem Europa näher kommen.